



## Landesgruppe Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion

## Newsletter

Sonderausgabe  
Sommer 2009

### Von „B“ wie Bartels bis „W“ wie Wodarg Neun Mal konkretes Engagement der SH-MdBs in Berlin



Die Landesgruppe: Jörn Thießen, Hans-Peter Bartels, Sönke Rix, Franz Thönnies, Gabriele Hiller-Ohm, Wolfgang Wodarg, Bettina Hagedorn, Ernst Dieter Rossmann und Michael Bürsch (v.li.n.re.)

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Große Koalition in Berlin währt bald vier Jahre. Gleichzeitig wirft die Bundestagswahl 2009 ihre Schatten voraus, nicht nur im politischen Betrieb des Deutschen Bundestages in der Hauptstadt, sondern vor allem auch in den Orts- und Kreisverbänden, wo man eifrig über Themen diskutiert, den Wahlkampf plant und zahlreiche Veranstaltungen organisiert. - Der richtige Zeitpunkt also, um einen Blick zurück zu werfen, errungene Erfolge in Erinnerung zu rufen und selbstbewusst in die heiße Wahlkampfphase zu starten.

Fast vier Jahre Große Koalition. Was heißt das für die SPD? Zu wenig Rotes sei im Schwarzen, sagen die einen. Die SPD habe sich nicht durchgesetzt, sagen die anderen.

Doch stimmt das? Ein Indiz, das dagegen spricht, sind die vielen Verdrossenen in der Kanzlerinpartei, die beim Regierungshandeln ihrer Vorsitzenden vergeblich nach Spuren der politischen Überzeugungen aus dem Wahljahr 2005 suchen. Denn eines ist Fakt: Wir Sozialdemokraten haben eine Menge bewegt und manches

Vorhaben des Koalitionspartners verhindert. Und wir sind überzeugt: Es gibt viele Gründe, stolz auf die Erfolge der SPD in der Großen Koalition zu sein.

Neun der 221 SPD-Bundestagsabgeordneten kommen aus Schleswig-Holstein, eine verhältnismäßig kleine Zahl. Doch es kommt nicht immer auf die Größe an. Mit viel Engagement und Überzeugungskraft kann auch unsere kleine Landesgruppe oder ein einzelner Abgeordneter dafür sorgen, dass die Überzeugungen der SPD Schleswig-Holstein in Berlin zur Geltung kommen.

Mit dieser Sonderausgabe unseres Newsletters wollen wir Sie, liebe Leserin und lieber Leser, zu einem Blick hinter die Berliner Kulissen einladen. Wir wollen Ihnen zeigen, wie und für was die SPD in den vergangenen (fast) vier Jahren gekämpft hat: mit ganz persönlichen Berichten über ganz persönliche Herzensanliegen der neun SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein - von „B“ wie Bartels bis „W“ wie Wodarg.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Ihnen

Nadine Brockmann  
(Redaktion)

### Termine

**29.07.09, 14.30 Uhr,  
Heidgraben:**

Ernst Dieter Rossmann lädt ein zur Diskussionsveranstaltung zum Thema „Schnelles Internet für alle!“. Referent ist der SPD-Medienexperte **Martin Dörmann**, MdB. Ort: Gemeindezentrum; Anmeldung unter Tel. 04101/200639.

**13.08.09, 19 Uhr,  
Wedel:**

Ernst Dieter Rossmann lädt ein zum Arbeitnehmerforum im Stadtteilzentrum „mittendrin“. Referent ist der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, **Franz Thönnies**, MdB. Anmeldung unter Tel. 04101/200639.

**18.08.09, 19 Uhr,  
Lübeck:**

Gabriele Hiller-Ohm lädt ein zur Diskussion über Gesundheitspolitik im Audienzsaal des Rathauses. Referent ist der SPD-Gesundheitspolitikexperte **Wolfgang Wodarg**. Anmeldung unter Tel. 0451/3846895.

**25.08.09, 19 Uhr,  
Oldenburg:**

Bettina Hagedorn lädt ein zur Diskussionsveranstaltung zum Thema Energie-wende mit dem SPD-Energieexperten **Hermann Scheer**, MdB. Weitere Informationen, den konkreten Veranstaltungsort und Anmeldung unter Tel. 04521/71611 oder [bettina.hagedorn@wk.bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@wk.bundestag.de)

## Über das Verhältnis von Politik und Medien in unserer pluralistischen Gesellschaft

- Von Dr. Hans-Peter Bartels -

*Neben den vielfältigen großen und kleinen Fragen, die mich als Abgeordneter beschäftigen, gibt es eine Sache, die irgendwie mit allem und jedem zusammenhängt und ohne die alles nichts wäre. Jedenfalls nicht unbedingt besser. Das ist unsere Demokratie: unsere demokratische Lebensform, unsere Spielregeln, nach denen wir zusammenleben. Gut, dass wir sie haben, sollte man meinen. Und dennoch leiden wir unter den gängigen Klischees: hier „der Wähler“, „der Bürger“, „das Volk“ mit seinem klaren einheitlichen Volkswillen – dort die streitenden Parteien, sich bereichernde Politiker, ein faules Parlament! Und viele Medien(leute) machen bei diesem wohlfeilen Politik-Bashing fröhlich mit.*

Sie sägen so allerdings an dem Ast, auf dem auch sie sitzen. – Vielleicht sind die Medien als nächstes dran. Oder möglicherweise ist es heute schon so weit, auch wenn es den Begriff „Medienverdrossenheit“ noch gar nicht gibt. Fast alle Zeitungen leiden unter Aufwandschwund, Mangel an Nachwuchslesern. Den journalistischen Formaten im Fernsehen geht es nicht besser. Ich glaube, dass Politikverachtung und Medienverdrossenheit wie auch die zurückgehenden Mitgliederzahlen von Parteien über

Kirchen und Gewerkschaften bis hin zu den Sportvereinen Phänomene der gleichen gesellschaftlichen Werteververschiebung sind: vom Öffentlichen zum Privaten, vom Politischen zum Ökonomischen, vom Sozialen zum Individuellen. Diese Bewegung mag mit manchen Vorteilen verbunden sein, aber sie tut der Demokratie nicht gut. Wir sollten ihr nicht auch noch Vorschub leisten, sondern versuchen sie umzukehren.

Was jedenfalls das Verhältnis „der Medien“ zu „der

Politik“ angeht, wäre heute die Erkenntnis revolutionär, dass wir im selben Boot sitzen. Medien, Parlamente, Regierungen und Parteien sind Teil derselben demokratischen Lebensform, einer Lebensform, die bei uns in Deutschland im 20. Jahrhundert so selbstverständlich nicht war, die erkämpft, verloren und wiedergewonnen wurde, die sich nicht einfach vererbt, sondern von jeder Generation neu angenommen und gelernt werden muss.

Als Abgeordneter beobachte ich bei vielen Journalisten durchaus ein gewisses Unbehagen an der kollektiven Haltung ihres Berufsstandes, an dem neuen uniformen Typus von Schiedsrichter-Medien, der dem ganzen demokratischen Prozess („die Politik“) distanziert gegenübersteht. Scheinbar unbeteiligt, Haltungsnoten vergebend. Was aber unser Land heute gerade nicht braucht, sind



Hans-Peter Bartels ist stellvertr. Sprecher der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

dauerverdrossene Ersatzpolitiker in den Redaktionen. Sie könnten sich ja zur Wahl stellen, die Seiten wechseln. Was wir brauchen, ist ein neuer gemeinsamer Aufbruch für die Demokratie, nicht für irgendeine andere präsidentiellere oder plebiszitäre Demokratie – sondern sehr gern für unsere, diese, die wir nun seit 60 Jahren glücklicherweise haben!

Es wäre doch geradezu aufsehenerregend neu, Politik und das Politikmachen mal wieder interessant zu finden. Was ist cool daran, Ortsvereinsvorsitzender einer Partei zu sein (davon gibt es 30.000 in Deutschland)? Wieso macht vorangegangener Streit das Ergebnis einer Diskussion nicht schlechter, sondern besser? Wäre das nicht etwas? Auch den Mitbürgern in den Redaktionen gilt deshalb der unverdrossene Aufruf: Mischt euch ein! Ergreift Partei! Macht euch angreifbar! Ermutigt andere!



Hans-Peter Bartels im Gespräch mit Kieler Schülerinnen und Schülern über seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter: „Demokratie vererbt sich nicht, sondern muss von jeder Generation neu angenommen und gelernt werden!“

## Datenschutz ist Grundrechtsschutz

- Von Dr. Michael Bürsch -

*Durch die Datenschutzskandale der letzten Monate ist deutlich geworden, welchen Gefahren das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ausgesetzt ist. Der illegale Datenhandel blüht, das Internet ist zum nahezu rechtsfreien Raum geworden, und selbst renommierte Unternehmen wie die Telekom kämpfen mit dem Missbrauch von Daten.*

Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), das seit 1978 in Kraft ist, scheint angesichts der fortschreitenden technologischen Entwicklung nur noch bedingt geeignet, auf die Entwicklungen der Informations- und Kommunikationsgesellschaft zu reagieren. Daher war eine grundlegende Änderung des BDSG unumgänglich geworden. Vor allem größere Transparenz und Überprüfbarkeit beim Umgang mit Daten sind nötig, um Missbrauch zu verhindern. Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, was mit ihren persönlichen Daten wie Name, Geburtsort und -datum, Adresse und Bankverbindung passiert, um verantwortungsvoll über die Weitergabe von Daten entscheiden zu können.

Am Oktober vergangenen Jahres hatten wir aus dem

Innenministerium von Wolfgang Schäuble den Entwurf für eine Novelle des BDSG

Kopplungsverbot soll nur für „marktbeherrschende Unternehmen“ gelten. Doch was sind „marktbeherrschende Unternehmen“? Die Definition im Gesetzentwurf war butterweich und kaum geeignet, für Rechtssicherheit zu sorgen.

Der Forderung nach einer

besonders vorbildlichen Datenschutzes erhalten sollen.

Fazit: Die Sensibilität für den Datenschutz ist bei vielen Menschen in letzter Zeit deutlich größer geworden. Datenschutz wird nicht länger als „Orchideenfach“ der Politik betrachtet, sondern als ernstzunehmender Bürgerrechtsschutz. Bei CDU und CSU scheint die Sicht noch davon geprägt

### SPD kontra CDU

zu sein, dass der Datenschutz eher einen Hemmschuh für wirtschaftliche Entwicklung darstellt.

Wir Sozialdemokraten machen uns dagegen dafür stark, dass Datenschutz zu allererst aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger betrachtet und diskutiert werden muss. Dazu gehört auch die Debatte um die Aufnahme des Datenschutzes ins Grundgesetz.

Datenschutz ist Grundrechtsschutz und damit unverzichtbarer Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens.



Michael Bürsch auf dem Podium der Sommerakademie des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) im September 2008

Foto: ULD

auf den Tisch bekommen. Darin waren zwar viele Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion berücksichtigt. So sollen im Entwurf des Innenministers personenbezogene Daten über Verbraucher nur noch nach ausdrücklicher vorheriger Zustimmung für Werbezwecke weitergegeben werden dürfen.

Mit Ungereimtheiten kam hingegen das so genannte „Kopplungsverbot“ daher, demzufolge Vertragsabschlüsse künftig nicht mehr davon abhängig gemacht werden dürfen, dass ein Betroffener in die Weitergabe seiner persönlichen Daten an Dritte einwilligt. Das

Erhöhung der Geldstrafen bei Verstößen gegen das Datenschutzgesetz war Schäuble ebenfalls nicht gerecht geworden. Während die SPD eine Erhöhung der Geldstrafen auf mindestens 500.000 Euro forderte, wollte die Union die Grenze bei 300.000 Euro ziehen.

Weitere Punkte bei der Novelle des BDSG waren die Einführung einer Informationspflicht bei Datenpannen gegenüber Betroffenen und Aufsichtsbehörden, ein verbesserter Kündigungsschutz für betriebliche Datenschutzbeauftragte sowie die Schaffung eines Datenschutzzütesiegels, das Unternehmen bei Nachweis



Michael Bürsch ist Mitglied des Innenausschusses

#### Impressum:

##### Herausgeber:

Dr. Ernst Dieter Rossmann  
MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

##### Redaktion & Layout:

Nadine Brockmann  
Landesgruppenbüro:  
PLH, 7.144, 11011 Berlin  
Tel.: 030/227-75318

Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

##### Schlusskorrektur:

Kai Mühlstädt (Büro Dr. Hans-Peter Bartels, MdB)

## Schily kontra Schäuble - Kampf um die Bundespolizei in Neustadt und die Interessen der Ostseeküste

- Von Bettina Hagedorn -

*Im April 2005 fiel eine für Schleswig-Holstein und die Ostseeküste bittere Entscheidung: Das Maritime Küstenwachzentrum sollte künftig zentral in Cuxhaven zusammen mit dem Havariekommando aufgebaut werden. Der alternative Standort der Bundespolizei Neustadt in meinem Wahlkreis hatte „das Nachsehen“. Aber ich hatte „einen guten Draht“ zu dem damaligen Innenminister Otto Schily. Und so verkündete „König Otto“ kurz darauf ein attraktives „Trostpflaster“: In Neustadt sollte das zentrale „Maritime Schulungs- und Trainingszentrum“ (MaST) für den wachsenden Bedarf an maritimer Aus- und Fortbildung verschiedenster Ministerien in Bund und Ländern entstehen.*

Dies war allerdings nicht im Sinne des kurz darauf „intronisierten“ Innenministers Wolfgang Schäuble: Der stellte oft aus Prinzip in Frage, was unter Otto Schily gegolten hatte, setzte also das MaST-Konzept schlichtweg nicht in Kraft und verweigerte damit die notwendige Grundlage für den versprochenen Aufwuchs von Sachmitteln und Personal. Da der Aus- und Fortbildungsbetrieb in Neustadt 2005 bereits angelaufen war, musste das „MaST“ seine Arbeit ausschließlich mit „Bordmitteln“ und die Aus- und Fortbildungsangebote quasi „auf Sparflamme“ bewältigen. Schäuble musste allerdings erkennen, dass er in punkto Standort Neustadt die Rechnung ohne

die Wirtin gemacht hatte. Denn seit 2005 bin ich Hauptberichterstatteerin im Haushaltsausschuss für das Innenministerium und damit insbesondere während der Haushaltsberatungen mit entscheidender Macht ausgestattet.

Und so war es kein Zufall, dass im Oktober 2007 nach zwei Jahren „Hängepartie“ das unter Otto Schily erarbeitete Konzept der Bundespolizei für das Maritime Schulungs- und Trainingszentrum endlich im Innenministerium unterschrieben wurde. Schon zehn Tage später gelang mir auch in der Schlussrunde der Haushaltsverhandlungen im Ringen mit der Union der Durchbruch: Durch Umschichtungen erhielt das „MaST“ für das Jahr 2008 ein „Startkapital“ von 800.000 Euro für Lehrausstattung und vier neue Fachlehrer.

Diese Initiative des Parlaments stieß in Schäubles Innenministerium erkennbar auf begrenzte Begeisterung. Noch im September 2008 war kein einziger Lehrer eingestellt und von den 800.000 Euro erst 52.000 Euro tatsächlich ausgegeben. Derartige Blockaden

sind eine Missachtung des Parlamentswillens. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses pflegen in solchen Fällen die betreffenden Ministerien bei den nächsten Haushaltsberatungen „abzustrafen“. Das weiß natürlich auch Minister Schäuble - und plötzlich ging alles ganz schnell: Alle Ausschreibungen für Beschaffungen und Personal laufen auf Hochtouren, die 800.000 Euro werden noch bis Dezember planmäßig ausgegeben und die Lehrer vor Jahresende einge-

en. Seit drei Jahren werden die nämlich auf Kosten der Steuerzahler in Hotels einquartiert. - Überraschend ist nach dieser Vorgeschichte natürlich nicht, dass bisher kein Cent und keine zusätzliche Personalstelle im Haushalt der Bundespolizei für 2009 und 2010 stehen.

Diese kurze Schilderung von dreieinhalb Jahren Kampf um einen für Schleswig-Holsteins Küste wichtigen Standort illustriert, wie mühsam und zäh Erfolge im Leben einer Abgeordneten



Ralf Stegner und Bettina Hagedorn beim Besuch des MaST der Bundespolizei in Neustadt im Gespräch mit Polizeidirektor Goerke

stellt. Außerdem wurde binnen einer (!) Woche die lange angemahnte „Fortschreibung des Konzeptes für das MaST“ in Kraft gesetzt, die schwarz auf weiß belegt, dass für dessen Umsetzung bis 2010 noch 20 (!) weitere Stellen in Neustadt sowie knapp 800.000 Euro an Sachmitteln notwendig sind. Außerdem müssen gut drei Mio. Euro an Baukosten bereitgestellt werden, um leer stehende Gebäude auf dem Bundespolizeigelände für die Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer umzubau-

manchmal errungen werden müssen. Hartnäckigkeit bis hin zur Penetranz sind erforderliche Schlüsseltugenden, um sich durchzusetzen - manchmal gepaart mit einer guten Portion Schlitzohrigkeit. Freunde macht man sich dabei oft nicht. In den Ministerien gewinnt man höchstens Respekt, im Wahlkreis (manchmal, nicht immer!) Anerkennung. Aber natürlich werde ich bis Mitte November versuchen, im Haushalt 2009 zusätzliche Sachmittel und neue Personalstellen zu erkämpfen!



Bettina Hagedorn ist Mitglied des Haushaltssauschusses

## Die SPD in der Großen Koalition: Wir kämpfen für gerechte Löhne

- Von Gabriele Hiller-Ohm -

**Eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit ist in der Großen Koalition zwischen SPD und CDU/CSU – leider – auch eine der umstrittensten: Sollen Menschen von ihrer Arbeit anständig leben können? Das heißt in der politischen Umsetzung konkret: Brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland?**

Wer voll arbeitet, muss von seinem Erwerbseinkommen leben können. Was für die SPD ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit ist, wird von der Union weitestgehend abgelehnt. Hätten 2005 CDU/CSU und FDP die Mehrheit im Bundestag erreicht, sähe es in Deutschland düster aus für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Sozialdemokratie bekennt sich klar zu Existenz sichernden Löhnen – bereits 2004 hatte Franz Müntefering Mindestlöhne gefordert. 2005 wollte die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder das Arbeitnehmerentendegesetz entsprechend anpassen, leider ohne Erfolg gegen die konservative Mehrheit im Bundesrat. Im Koalitionsvertrag mit der Union hat die SPD dann durchgesetzt, die Lohnstrukturen am Arbeitsmarkt gemein-

sam unter die Lupe zu nehmen, Kombilohnmodelle zu prüfen und dabei auch das Thema Mindestlohn anzupacken.

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales habe ich in den vergangenen vier Jahren die Sturheit der Union erlebt, nicht gegen Lohndumping vorzugehen zu wollen. Ein gesetzlicher Mindestlohn, wie die SPD ihn fordert, wäre das schärfste Schwert gegen Dumpinglöhne und Lohndumping, wo die tariflichen Möglichkeiten nicht ausreichen. Die Union versteckt sich aber nach wie vor hinter fadenscheinigen Argumenten, dass Millionen von Arbeitsplätzen gefährdet wären, wenn man die Beschäftigten anständig bezahlen würde. Welch ein Hohn für die derzeit rund 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die trotz Vollzeitjob zusätzlich auf staatliche Hilfen angewiesen sind!

Ein Blick auf unsere europäischen Nachbarn zeigt: Dort werden gute Erfahrungen mit Mindestlöhnen gemacht. In 20 von 27 Mitgliedstaaten der EU gibt es gesetzliche Mindestlöhne, übrigens auch in den USA. Die gesetzlichen Lohnuntergrenzen haben keinen massiven Stellenabbau, der hierzulande von Union und FDP propagiert wird, zur Folge gehabt. Nicht nur die Beschäftigten profitieren, Mindestlöhne sichern auch die Konkurrenzfähigkeit und das Überleben heimi-

scher Betriebe gegen Dumpingwettbewerb.

Durch den Einsatz der SPD in der Regierung ist es gelungen, die Tür zumindest für branchenweite Mindestlöhne zu öffnen. Im Juni 2007 haben wir mit Arbeitsminister Franz Müntefering an der Spitze im Koalitions-

wollen wir nach den bisher rund 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiteren knapp 1,6 Millionen Beschäftigten einen Existenz sichernden Mindestlohn ermöglichen. Besonders am Herzen liegt der SPD dabei der Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche. Gemeinsam mit der IG Metall Küste setzen wir schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten uns für faire Bedingungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Leiharbeit ein. Die Union ist gefordert, ideologische Vorbehalte endlich fallen zu lassen und soziale Politik für die Menschen zu ermöglichen.

### Schwert gegen Dumpinglöhne

Die SPD wird weitere Branchen animieren, Mindestlöhne zu beantragen. Wir erleben aber, dass die Kraft der Gewerkschaften leider oft nicht ausreicht, um gute Löhne für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuhandeln. Deshalb brauchen wir in Deutschland einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Diese Forderung hat die SPD auf dem Hamburger Bundesparteitag Ende 2007 mit dem Leitantrag „Gute Arbeit“ erneut untermauert. Allgemeine und flächendeckende Mindestlöhne wird es aber wohl erst geben, wenn CDU und CSU aus der Bundesregierung abgewählt werden. Das werden wir im anstehenden Bundestagswahlkampf auch deutlich machen. Gute Arbeit und gerechte Löhne gibt es nur mit einer starken SPD!



Gabriele Hiller-Ohm bei einer Demonstration für Mindestlöhne in Lübeck

ausschuss nach einem Verhandlungsmarathon gegen den Widerstand der Union die Vereinbarung durchgesetzt, in weiteren Branchen Mindestlöhne über das Arbeitnehmerentendegesetz bei Tariffindung über 50 Prozent und das Mindestarbeitsbedingungengesetz (MIA) bei geringerer Tariffindung festzulegen.

Nachdem wir noch 2007 die Aufnahme der Gebäudereiniger und der Briefdienstleister in das Entsendegesetz durchsetzen konnten, sollen nun unter anderem die Zeitarbeitsbranche, Pflegedienste, die Entsorgungsbranche und die Wachdienste folgen. Damit



Gabriele Hiller-Ohm ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und im Tourismusausschuss

## „Uschi“ macht Familienpolitik à la SPD

Warum CDU-Abgeordnete über ihre Ministerin manchmal gar nicht glücklich sind

- Von Sönke Rix -

*Ein zähes Ringen gab es mit der CDU/CSU um das Elterngeld. Die ursprüngliche Idee, dass Eltern in den ersten Monaten nach der Geburt eines Kindes auf sicheren Füßen stehen sollen, sprich genug Geld zum Leben haben, klingt wahrlich nicht nach einer Idee, die sich jemand von der CDU ausgedacht haben könnte. Schließlich spukt dort in den meisten Köpfen ja noch das Bild von der guten deutschen Familie, in der der Vater des Kindes das Geld verdient und die Mutter zu Hause bleibt und sich die ersten sechs Jahre um die Betreuung des Kindes kümmert. Das Familien- und Gesellschaftsbild der SPD ist genau dadurch nicht geprägt und es war bereits Renate Schmidt, SPD-Familienministerin von 2002 bis 2005, die sich die Grundzüge des späteren Elterngeldes überlegte.*

Groß war die Überraschung bei uns SPD-Familienpolitikern, als die neue Familienministerin Ursula von der Leyen, ihre Idee vorstellte, Eltern sollten sich nach der Geburt eines Kindes doch gemeinsam um diesen kümmern können. Dazu bräuchten sie finanzielle Sicherheit und es müsse dieses Geld auf der Grundlage des Einkommens gezahlt werden.

Groß war die Überraschung wohl auch in der Runde der CDU- und vor allem CSU-Familienpolitiker. „Ihre“ Ministerin rennt mit einem alten SPD-Vorschlag los.

Nun muss man wissen, dass sich trotz der Großen Koalition die Abgeordneten den eigenen Ministern immer noch näher fühlen als den parteifremden Ministern. So konnte also die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Ministerin auch schlecht stoppen, zumal die SPD sie bereits öffentlich lobte, ob ihres familienpolitischen Weitblicks. Zwar wollte Ursula von der Leyen, von uns SPD-Familienpolitikern gelegentlich „Uschi“ genannt, anfangs noch zehn Monate Elterngeld für den einen und zwei Monate für den andern Elternteil, aber nach

vehementen Protesten von unserer Seite sind daraus zwölf Monate plus zwei Extra-Monate geworden.

Die Verhandlungen waren trotz der großen Übereinstimmung lang und zäh. Leider konnten wir nicht verhindern, dass das Elterngeld in Teilen zu einem bürokratischen Monster wurde. Angeblich ging es nicht anders.

Ich glaube, im Ministerium hat man festgestellt, dass das Elterngeld zu einem Erfolg werden könnte und dass sich zeigen könnte, dass nicht ausreichend Geld im Topf ist. Deswegen gibt es ein bürokratisches Antragsverfahren und unzählige Anrechnungsvorschriften. Gut angenommen wird es trotzdem, was zeigt: Manchmal kommt man auch zu politischen Erfolgen, wenn man gar nicht mehr mit ihnen gerechnet hat. Und ein Erfolg ist es auch geworden. Vor allem mit der zunehmenden Beteiligung der Väter an der Betreuung ihres Neugeborenen hatte kaum jemand



Sönke Rix ist Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

gerechnet. Bis zur Einführung des Elterngelds

am 1. Januar 2007 hatten nur 3,5 Prozent der Väter Elternzeit genommen. Im ersten Quartal 2007 lag die Zahl der bewilligten Elterngeldanträge von Vätern schon bei 16 Prozent. Tendenz steigend.

Mit dem bisher Erreichten gibt sich die SPD natürlich nicht zufrieden. Wir wollen Verbesserungen für teilzeitbeschäftigte Eltern und familienfreundliche Arbeitsbedingungen.



Sönke Rix traf sich nach der Preisverleihung der Aktion „Jugend hilft“ mit den Preisträgern (nicht im Bild) im SPD-Fraktionssaal



Sönke Rix beim Vorlesetag in einem Kindergarten seines Wahlkreises Rendsburg-Eckernförde

## Aufstieg durch Bildung – ohne die SPD undenkbar!

- von Dr. Ernst Dieter Rossmann -

**Es ist immer wieder verblüffend, wie sich die CDU/CSU in der Bildungspolitik mit fremden Federn schmückt. Vor ihrer Amtszeit kündigt die Bundesbildungsministerin Schavan an, dass sie das BAföG abschaffen will. Dann beschließt die Große Koalition nach massivem Druck der SPD eine Erhöhung der Bedarfsätze um 10 Prozent und der Freibeträge um 8 Prozent. Und jetzt ist die Ministerin stolz drauf und verkauft dies als großen Erfolg ihres Ministeriums (BMBF).**

Ähnlich gings uns SPD-Bildungspolitikern mit dem „Meister-BAföG“. Dass die Zahl derjenigen, die ihren Rechtsanspruch auf Förderung von Meisterkursen und anderen beruflichen Fortbildungen auf nichtakademischem Niveau (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz AFBG) nutzen, von 141.000 im Jahr 2005 auf 136.000 im Jahr 2006 zurückgegangen ist, finden wir gar nicht gut. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels in Deutschland wollte die SPD von Anfang an das „Meister-BAföG“ attraktiver machen.

Im Koalitionsvertrag 2005 konnten wir der CDU/CSU nur die Zusage abluken, dass das „Meister-BAföG“ weitergeführt wird. Immer wieder sprachen wir das BMBF auf Mängel im Ge-

setz an: Eine Fortbildung zur Erzieherin wird nicht bundesweit gefördert, obwohl wir in den nächsten Jahren über 50.000 Erzieher/innen zusätzlich brauchen, um den Rechtsanspruch auf den Krippenplatz und den erhöhten Bildungsauftrag der Kitas zu realisieren. In der Prüfungsphase endet die AFBG-Förderung - mit der Gefahr eines Abbruchs der Maßnahme. Schon lange hier lebenden Migranten (Bildungsinländern) wird die Förderung mit überhöhten Hürden verweigert, obwohl die Zugangsbedingungen für sie beim BAföG schon verbessert wurden. Darüber hinaus haben wir festgestellt, dass das AFBG für Geförderte mit Familie unattraktiv ist, weil sie nach einer zweijährigen Förderung unter Umständen über 30.000 Euro an Darlehen zurückzahlen müssen. Soweit unsere Kritik im Detail. Allein: Die CDU/CSU machte nichts.

Erst bei der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ im Januar 2008 kündigte das BMBF an, dass das „Meister-BAföG“ fortentwickelt werde. Zu diesem Zeitpunkt war die CDU/CSU allerdings noch mehr als zurückhaltend: Sie wollte nur die schon beschlossenen BAföG-Sätze auf das AFBG übertragen, was eh gesetzlich unau-

weichlich war, und prüfen, ob der Rahmen der förderfähigen Fortbildungen erweitert wird.

Je mehr wir aber mit unseren weiterreichenden Vorschlägen an die Presse gingen, desto mehr öffnete sich auch die Ministerin dafür. Kein Wunder, denn je mehr das Thema Bildung

schlussprüfung bestanden ist, und die Prüfungsphase wird gefördert. Schavan verkündete im vergangenen Jahr stolz die Verbesserungen als wichtiges Signal für den Aufstieg, um sich vor dem Bildungsgipfel der Kanzlerin zu profilieren; mit fremden Federn, nämlich denen der SPD!



Ernst Dieter Rossmann (re.) und sein Kollege René Röspele bei einer Sitzung der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung

und Qualifizierung angesichts des drohenden Fachkräftemangels in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückte, desto mehr stand sie mit dem Rücken zur Wand und musste etwas präsentieren. Unter diesen Vorzeichen konnten wir gegenüber Schavan noch mehr Verbesserungen für das Meister-BAföG erreichen. Einige Beispiele: Der Kinderzuschlag wird von 179 auf 210 Euro pro Monat angehoben und von null auf 50 Prozent Zuschuss umgestellt. Fortbildungen in der Altenpflege und zum Erzieher/zur Erzieherin werden förderungsfähig. Der Zuschussanteil bei den Kurs- und Prüfungskosten steigt von 30,5 auf ca. 50 Prozent, wenn die Ab-

Im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur AFBG-Novelle hatten wir dennoch erstens nicht alle unsere Forderungen wiedergefunden (z.B. mehr Zuschussanteile für Familien) und zweitens einige bürokratische „Verkomplizierungen“ entdeckt, die einige Fortbildungskurse und viele Geförderte wieder ausschließen könnten. Das ist typisch CDU/CSU: Großes verkünden und hinten herum Hürden einbauen, um die Kosten niedrig zu halten. Wir haben im parlamentarischen Verfahren weiter für ein wirklich besseres „Meister-BAföG“ gekämpft. Denn ohne die SPD würde der Aufstieg zu einem Privileg der Reichen verkümmern!



Ernst Dieter Rossmann ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

## Vom Umgang mit traumatisierten Soldaten

### Verteidigungsministerium soll vorhandene Expertise besser nutzen

- Von Jörn Thießen -

**Seit Beginn der Wahlperiode haben wir uns in der SPD-Bundestagsfraktion für einen besseren Umgang mit Soldaten und zivilen Beschäftigten der Bundeswehr eingesetzt, die unter den vielfältigen Folgen einer sogenannten „Posttraumatischen Belastungsstörung“ leiden. Man kennt das von Lokomotivführern oder Feuerwehrleuten, die wegen traumatischer Erlebnisse psychologisch betreut werden, aber diese psychische und körperliche Schockreaktion hat bisher allein bei den Streitkräften im Inland wie in den Auslandseinsätzen offiziell rund 1500 Frauen und Männer getroffen – die Dunkelziffer wird deutlich darüber liegen.**

Als der zuständige Berichtserstatter habe ich in den vergangenen Jahren zahlreiche Gespräche mit Betroffenen, mit dem Bundeswehrverband und mit behandelnden Ärzten geführt. Auf allen Seiten wurde Handlungsbedarf artikuliert – das Ministerium war eher zögerlich eingestellt. Das blieb auch nach einem persönlichen Gespräch mit dem Bundesminister der Verteidigung zunächst so, der zwar freundlich zuhörte, aber keine für mich erkennbaren Konsequenzen aus den vorgebrachten Argumenten zog.

Dabei war für uns stets klar: Wer die Fürsorge ernst nimmt, der muss auf diesem Gebiet sichtbar und ernsthaft handeln. Mit dem Bundeswehrverband zusammen haben wir eine Anhörung von Betroffenen organisiert, eine weitere mit dem Wehrbeauftragten und zivilen wie militärischen Experten in der SPD-Fraktion. Aus alledem entstand ein Antragsentwurf der SPD an den deutschen Bundestag, der dann auch die notwendige Unterstützung im Arbeitskreis der CDU/CSU gefunden hat. Dann konnten wir alle anderen Fraktionen zur Zustim-

mung bewegen.

Für die Initiative der SPD-Fraktion gab es einen sehr großen Konsens im Bundestag über die Grenzen der Großen Koalition hinaus, folgende Forderungen an das Ministerium zu stellen:



**Jörn Thießen mit seiner Kollegin Uschi Mogg, der stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, bei der Anhörung zum Thema posttraumatische Belastungsstörungen**

1. Einen zentralen Zugang zu Hilfsangeboten und Behandlungsmöglichkeiten für Betroffene und deren Angehörige zu schaffen.
2. Beratungsangebote einzurichten, die von PTBS-Betroffenen und ihren Ange-

hörigen auch anonym und telefonisch in Anspruch genommen werden können.

3. Alle Betriebsärzte im Soldatenstatus in „Psycho-Traumatologie“ zu schulen.

4. Die vorhandenen und gegebenenfalls neuen Einrichtungen der Bundeswehr zu einem Kompetenz- und Forschungszentrum zur Behandlung von PTBS zusammen zu fassen.

5. Die Zusammenarbeit und den Wissenstransfer von Bundeswehrkrankenhäusern und zivilen Spezialkliniken und alliierten Sanitätsdiensten zu intensivieren.

6. Den militärärztlichen

Befragungs- und Beratungsbogen der Rückkehrer-Begutachtung um ein Kapitel „psychische Belastungen“ zu erweitern

7. In die Curricula der Kommandeur- und Einheitsfüh-



**Jörn Thießen ist Mitglied des Verteidigungsausschusses**

rerlehrgänge eine Unterrichtseinheit zum Thema „Psycho-Traumata“ aufzunehmen.

8. Dem Deutschen Bundestag zeitnah ein Maßnahmenkonzept für die Betreuung und Behandlung von PTBS vorzulegen.

Zwischenzeitlich hat das Ministerium einen Bericht vorgelegt, wie es mit den Forderungen des gesamten Bundestages umgehen will und wie der Zeitplan dazu aussieht. Ich sehe gute Fortschritte, aber auch Zögerlichkeiten, die vor allem etwas mit fehlendem Personal und der allgemeinen Knappheit an finanziellen Mitteln zu tun haben. Wir werden hier am Ball bleiben und unsere Forderungen voll umsetzen: Denn es geht in erster Linie um die Betroffenen, ihre Familien und deren gute Zukunft. Auf diesem Gebiet zu sparen verbietet sich. Die Bundestagsfraktion wird dieses Thema in der kommenden Periode sehr aufmerksam begleiten.

## Ein Erfolg für die Älteren: Einmaliges Projekt „Arbeit mit Erfahrung“

- Von Franz Thönnnes -

Die Idee zu diesem Projekt entstand nach einem Interview zur Rentenpolitik mit Stephan Richter, dem Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages im April 2007. Ich schlug ihm vor, vom Sommer bis zum Ende des Jahres 2007 ein bis zweimal in der Woche eine Seite in der Ausgabe der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung dem Themenfeld „Integration Älterer in den Arbeitsmarkt“ zu widmen. Dabei wollte ich für eine gemeinsame Aktion die Landesregierung, den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Unternehmerverbände UV Nord, den Deutschen Gewerkschaftsbund Nord und die Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord ins Boot holen. Für mich war es wichtig nach den rentenpolitischen Entscheidungen alles dafür zu tun, dass die Älteren auch wieder Chancen auf Arbeit haben und mit guter Arbeit und Weiterbildung geholfen wird die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten.

Nachdem ich die notwendigen Abstimmungen unter allen Beteiligten herbeigeführt hatte, kam es im Druckzentrum des sh:z-Verlags in Büdelsdorf zu einem Treffen aller Beteiligten. Es gelang. Alle begrüßten die Initiative und machten mit. Stephan Richter stellte einen Redakteur für das Projekt ab und gemeinsam wurde die Aktion mit drei regionalen Diskussionsrunden in Bad Oldesloe, Husum und Flensburg ergänzt. Ein bis zweimal in der Woche sollte auf einer ganzen oder einer halben

Seite über gute Beispiele der Integration älterer Arbeitsloser in neue Arbeit, der Einführung altersgerechter Arbeitsbedingungen, der Möglichkeiten zur Beschäftigungsförderung seitens der Bundesagentur für Arbeit, über Projekte in Schleswig-Holstein und über wissenschaftliche Forschungsergebnisse berichtet werden. Ergänzt werden sollte die Berichterstattung durch Leitartikel von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering, von Landesarbeitsminister Uwe Döring und von den Vorsitzenden der beteiligten Verbände und Institutionen. Auf Vorschlag von Stephan Richter übernahm ich die Schirmherrschaft der Gemeinschaftsaktion „Arbeit mit Erfahrung“, wie wir sie nannten.

Und es klappte. Von Mitte September bis Anfang Dezember berichtete die Landeszeitung regelmäßig unter der Überschrift „Arbeit mit Erfahrung“ in ihren Ausgaben über das Thema der

Integration älterer Arbeitnehmer in die Betriebe, ihre Kompetenzen und Fähigkeiten und auch die Notwendigkeit der Nutzung ihrer Potenziale angesichts des demographischen Wandels. Berichtet wurde ebenso über die vom Bundesarbeitsministerium im Rahmen der „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte in den Regionen“ geförderten zwei Projekte „Pi-Projekt“ im Kreis Pinneberg und „Ü50“ in Flensburg. Hinzu kamen die klaren Bekenntnisse und Ermutigungen in den Leitartikeln des Ministerpräsidenten, der Minister und der

Über das gute Gelingen dieser Aktion habe ich mich sehr gefreut. Die Zahl der älteren Arbeitslosen hat um 30 Prozent abgenommen und der Anteil der über 50jährigen bei den neu geschaffenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen liegt bundesweit bei zirka 60 Prozent. Daran hat bestimmt auch Schleswig-Holstein einen guten Anteil.

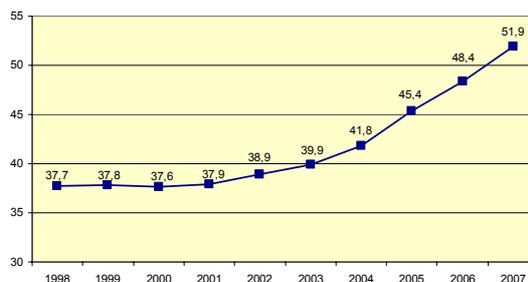
Nun gilt es dafür zu sorgen, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer nachhaltig zu erhalten. Hierzu dient das nach Schleswig-Holstein geholte und aus dem Ausgleichsfonds des



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Ältere Arbeitnehmer sind wieder gefragt!

Erwerbstätigenquote der 55-64 Jährigen in %



Quelle: Eurostat; für 2007 Werte des 3. Quartals, sonst Jahresdurchschnittswerte, vorläufige Werte in 2005, 2006 und 2007

Verbandsvorsitzenden. Die drei dezentralen Gesprächsrunden mit wirtschaftlichen Akteuren brachten das Thema in die Region. Die Abschlussrunde fand schließlich in der Industrie- und Handelskammer in Flensburg mit Prof. Dr. Rajan R. Malaviya statt. Abschließend erstellte die Landeszeitung eine achtseitige Sonderbeilage zum Thema als landesweite Beilage für ihre Regionalausgaben.

Bundes geförderte Projekt „Gesunde Arbeit Segeberg“. In dieser Netzwerkstelle soll in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft und der IHK gerade klein- und mittelständischen Unternehmen beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement und der Organisation guter Arbeit geholfen werden.

Das Engagement für dieses Thema hat sich auf jeden Fall für unser Land im Norden gelohnt.



Franz Thönnnes ist Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales

## Durchbruch für eine faire Gesundheitsversorgung für arme Länder

- Von Dr. Wolfgang Wodarg -

**Haarausfall? Zu dick? Impotent? Die Pharmaindustrie hat gegen alles ein Mittelchen entwickelt. Zumindest gegen viele Zivilisationskrankheiten der westlichen Welt. Doch wie sieht es mit Malaria, Schlafkrankheit oder gefährlichen Wurmerkrankungen aus? Jährlich sterben 13 Millionen Menschen in Entwicklungsländern an diesen vermeidbaren oder behandelbaren Krankheiten. Nicht zu vergessen alle vermeidbare Todesfälle durch AIDS, Tuberkulose und Viruserkrankungen.**

Warum? – Ganz einfach: Geforscht wird da, wo Geld zu verdienen ist. Dieses Gesetz des Marktes macht über ein Drittel der Weltbevölkerung für den Pharmamarkt uninteressant. Gegen diese sogenannten „vernachlässigten Krankheiten“ gibt es kaum wirksame und nur stark veraltete Medikamente.

Dieser Missstand ist ein klarer Fall für die sozialdemokratische Entwicklungspolitik. Da wo die Regeln des Marktes versagen, sind internationale Solidarität und gezielte politische Unterstützung gefragt. Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion für Gesundheitsfragen in Entwicklungsländern habe ich mich der Problematik angenommen. In Abstimmung mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie „Ärzte ohne Grenzen“ und „medico international“, die sich weltweit für mehr Engagement der Industrieländer in diesem Bereich einsetzen, brachte ich Anfang 2008 einen Antrag an die Bundesregierung auf den Weg (Drucksache 16/8884).

Ziel des Antrags war es, das Thema auf die politische Agenda zu setzen. Natürlich sollte auch mehr Geld für Forschung in diesem Bereich bereitgestellt werden.

Die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner gestalteten sich jedoch alles andere als einfach. Obwohl die Entwicklungspolitiker in der Union das Problem grundsätzlich anerkannten, gab es Bedenken, der Antragstext würde die Pharmaindustrie zu sehr kritisieren. Außerdem stellte sich die Unionsseite bei der Forderung nach öffentlich finanzierter Forschung, z.B. durch einen internationalen



Wolfgang Wodarg in einer Tuberkulose-Klinik in Accra (Ghana)

Forschungsfonds quer. Auch bei unserer Forderung nach Relativierung sonst üblicher Patent- und Monopolstrategien waren die CDU/CSU und FDP klar auf der Seite der Pharmaindustrie. Hier liegt aber die Hauptursache der genann-

ten Versorgungsprobleme in den Entwicklungsländern.

Durch enge internationale Zusammenarbeit mit engagierten Pharmazeuten, Ärzten, NGOs und Initiativen für und aus Entwicklungsländern haben wir in Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Freunde der Pharma-Monopolisten immer wieder öffentlich unter Handlungsdruck gesetzt und so Raum für eine politische Lösung in der Koalition geschaffen, die unserer Intention sehr nahe kam. Ein von mir organisierter, gut besuchter Parlamentarischer Abend und ein großer Kongress, den „medico international“ mit meiner Unterstützung in einer Landesvertretung durchführte, wa-



Wolfgang Wodarg ist Mitglied im Gesundheitsausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Doch nicht nur die Aufforderung an die Bundesregierung zu einer offensiveren Förderung der Forschung für vernachlässigte Krankheiten in armen Ländern, auch die konkrete Bereitstellung vermehrter eigener Forschungsgelder war Ziel meiner Initiative.

Trotz einiger Gegenstimmen aus den Reihen der CDU/CSU und der FDP haben wir diesen zweiten Schritt bei den Haushaltsverhandlungen vergangenen Jahres auch noch geschafft. Wiederum durch Mobilisierung öffentlichen Drucks auf den Koalitionspartner gelang es, die Forschungsmittel für die im Antrag genannten Zwecke mehr als zu verdreifachen.

Die SPD hat auch hier gezeigt, dass sie für Teilhabe und Chancengleichheit nicht nur national, sondern auch international kämpft und sich nicht vor ihrer Verantwortung für eine weltweit faire Gesundheitsversorgung drückt.

ren dabei wichtige Meilensteine.

Die Anstrengungen haben sich gelohnt: Der Antrag wurde, wenn auch mit einigen etwas unschärfer formulierten Passagen, im April 2008 vom Bundestag angenommen.